



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 15. Juli 2010

Gesch. Nr. 142/10
Geschäftsbericht 2009

[...]

4. GESCHÄFT-NR. 142/10 Geschäftsbericht 2009

Ratspräsidentin Barbara Scheidegger-Conrad, SP/JUSO, schickt vor der Detailberatung dieses Geschäftes einige grundlegende Anmerkungen zum Ablauf voraus:

Die Reihenfolge gestaltet sich wie folgt:

- Eröffnung der Eintretensdebatte durch den Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission
- Stellungnahme der Stadträte zu den mit der Geschäftsprüfungskommission im Vorfeld vereinbarten Themen (Reihenfolge gemäss gedrucktem Geschäftsbericht)
- Fragen der Ratsmitglieder (jeweils zuerst GPK-Mitglieder, danach Ratsmitglieder).

Die Fragen sollten sich auf Vergangenes beziehen und die entsprechende Stelle im Geschäftsbericht jeweils mit Nennung der Seitenzahl erläutert werden. Fragen, die sich mit Sachgeschäften in der Zukunft auseinandersetzen, können in der alljährlichen Fragestunde an die Mitglieder des Stadtrates gerichtet werden.

Der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, Martin Gertsch, SVP, eröffnet die Eintretensdebatte.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Geschäftsbericht an drei Sitzungen bearbeitet. Anlässlich der ersten Sitzung wurden Fragen diskutiert und jene, welche dem Stadtrat zur Beantwortung weitergereicht werden, zusammengestellt.

Die Fragen wurden von den Stadträten mündlich wie auch z.T. durch schriftliches Zusatzmaterial kompetent und ausführlich beantwortet; dies trotz neuen Köpfen und den Ressortwechseln im Stadtrat. Die Exekutiv-Mitglieder haben sich nach Meinung der Geschäftsprüfungskommission gut in die Materie eingearbeitet und die Fragen vollständig und mit Sachverstand beantwortet. Namens der Geschäftsprüfungskommission dankt Martin Gertsch allen Akteuren für die geleistete Arbeit; insbesondere für die Offenlegung der Geschäfte. Die GPK konnte bei ihrer Arbeit keine gravierenden Mängel feststellen, obschon zum Teil bei Statistiken und Zahlentabellen falsche Angaben übertragen und fallweise Werte aus den Vorjahren abgebildet wurden. Diesem Umstand sei bei der nächsten Ausgabe mehr Beachtung beizumessen.

Gemäss Statistik des Ressorts Gesundheit geht aus dem Geschäftsbericht hervor, dass die Alkoholverkaufstests an minderjährige Personen reduziert wurden.

Der Geschäftsprüfungskommission ist es ein Anliegen, dass diese Tests wieder intensiviert werden. Auch andere Gemeinden führen solche Testkäufe durch, obwohl die rechtliche Grundlage dafür nicht ausreichend genügt. Die Testkäufe sind ein wichtiges Instrument im Rahmen der Suchtprävention.

Der Geschäftsbericht sei ein ausführliches Werk und dient vor allem auch den neu in den Rat getretenen Mitgliedern zur Orientierung im Sinne eines Nachschlagewerkes. Allerdings konstatiert Martin Gertsch, dass in



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

den letzten Jahren die Termintreue des Stadtrates gelitten hat. Die Behandlung und Vorberatung dieses Geschäftes sei deshalb umso schwieriger und aufwändiger geworden. Auch wenn die Termine für die Befragungen der GPK bereits zu einem frühen Zeitpunkt kommuniziert wurden, war die prompte Terminvereinbarung nicht in allen Fällen möglich. Die GPK weiss um die vollen Agenden der Stadträte, jedoch sei es angezeigt, im nächsten Jahr im gegenseitigen Einvernehmen hier eine eindeutige Verbesserung zu erzielen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Ressortvorstehern jeweils eine Frage zur Erläuterung im Rat gestellt, welche nun nachfolgend präsentiert werden. Gemeinderat Martin Gertsch, SVP, dankt und plädiert für Eintreten und Zustimmung und Genehmigung zu diesem Geschäft.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, den Geschäftsbericht 2009 zu genehmigen.

Aus dem Rat erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zum Eintreten. Auf die Anfrage der Präsidentin, ob Eintreten bestritten sei, folgen keine Einwände.

Die Stadträtinnen und Stadträte berichten aus den Ressorts bzw. Abteilungen (vormals Ämter):

RESSORT PRÄSIDIALES (VORMALS PRÄSIDENTIALAMT)

Bevor Stadtpräsident Martin Graf Stellung zu seinem Themenbereich bezieht, geht er auf die Kritik der GPK bezüglich Terminfindung ein. Die Terminschwierigkeiten ergaben sich mitunter durch Ferienabwesenheiten und seien somit begründet.

Nächstes Mal sollen die Termine früh kommuniziert werden, damit diese Unstimmigkeiten vermieden und bilateral gelöst werden können.

Die GPK erkundigte sich beim Stadtpräsidenten, Ressort Präsidiales, nach Fragen zum Thema „Einbürgerungsgesuche“ und Bürgerrechtsausschuss.

Das Gremium des Bürgerrechtsausschusses besteht aus dem Stadtpräsidenten Martin Graf, GP, Stadtrat Max Binder, SVP, Stadtrat Kurt Brüngger, SP, sowie dem Leiter Stadtkanzlei und dem Leiter der Abteilung Präsidiales. Dieses berät Gesuche zu Händen des Gesamtstadtrates vor. Der Gesamtstadtrat beschliesst die Erteilung oder Verweigerung des Stadtbürgerrechtes. Seit dem 1. Januar 2009 haben Bewerber/innen ohne Integrationshintergrund (kein rechtlicher Anspruch auf eine Einbürgerung gemäss § 21 GG), Prüfungen - sogenannte Standortbestimmungen in den Fächern Deutsch und Staatskunde - zu absolvieren. Diese Massnahme erleichtert dem Gremium die Begutachtung und einheitliche Beurteilung dieser Kompetenzen sämtlicher Bewerber. Zudem fördert die Absolvierung dieser Test die „rechtsgleiche“ Einbürgerung.

Die Prüfungen werden durch das Bildungsinstitut WBK Dübendorf vorgenommen und bewertet. Der Stadtrat hat mit dieser Einrichtung einen entsprechenden Zusammenarbeitsvertrag unterzeichnet, wobei dieser jederzeit aufgelöst werden kann und der Stadt keine finanziellen Nachteile erwachsen, da die Kosten für die Prüfungen den Bewerbern weiterverrechnet werden.

Stadtpräsident Graf veranschaulicht einen Quervergleich der Resultate über sämtliche Gemeinden, welche sich in diesem Bereich der WBK Dübendorf angeschlossen haben.

Die im Geschäftsbericht angegebenen Statistiken seien mit Vorsicht zu geniessen. Die Zahl der Gesuche ging sicherlich aufgrund der Einführung dieser Standortbestimmungen zurück. Allerdings werden gewisse Gesuche



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

durch die kantonale Instanz vorgeprüft und gelangen teils paketweise zur Bearbeitung an die Stadtkanzlei. Zudem wurden im letzten Jahr Familien mit vielen Mitgliedern eingebürgert. Der Stadtrat sisiert Gesuche von Personen, welche die Standortbestimmungs-Prüfungen nicht auf Anhieb bestehen und diese einmal wiederholen können oder lehnt Gesuche bei Nichterfüllung der Kriterien (v.a. hinsichtlich fraglichem Leumund) ab.

Aus dem Rat folgen keine weiteren Fragen.

RESSORT HOCHBAU (VORMALS BAUAMT)

Stadtrat Reinhard Fürst schreitet ans Rednerpult.

Die GPK habe Stadtrat Fürst zu verschiedenen Themen aus seinem Ressort befragt. Eines davon wird nun detailliert besprochen. Es handelt sich dabei um das Thema Lärmschutzsanierung SBB.

Stadtrat Fürst präsentiert einen kurzen Abriss aus der Vorgeschichte zu diesem Geschäft:

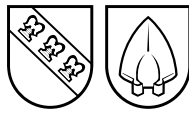
Feb 2005	SBB informiert Stadt über Projektstart
Okt 2005	SBB startet Plangenehmigungsverfahren (öffentliche Auflage) - 16 private Einsprachen - 1 städt. Einsprache
Sept 2006	SBB schreibt Stellungnahme zu Einsprachen z.H. BAV
Okt 2006	BAV fordert Unterlagen der Stadt nach \diamond werden zugestellt
Sept 2007	Sitzung zw. BAV und Stadt mit Ziel Einigung über Einsprachen
März 2008	BAV informiert, inwiefern auf städt. Anliegend eingegangen wird
März 2009	Projektänderung wird neu aufgelegt - 1 private Einsprache - 1 städt. Einsprache
April 2010	BAV verfügt Plangenehmigung; SR verzichtet auf weitere Einsprachen
Mai 2010	Projekt wird rechtskräftig

Der Stadtrat ist daran interessiert, optimale Lösungen für die Stadt zu finden und umzusetzen. So werden an besonders neuralgischen Stellen verschiedene Versionen und Höhenabstufungen von Lärmschutzwänden geprüft (begrünte Steinkörbe bei Ausfall-Enden-Landschaft, z.B. Nauenstrasse, und transparente Glaswände im Bereich der Brandrietstrasse). Dies entgegen den Vorschlägen der SBB, welche für das gesamte Stadtgebiet schwarze Betonwände vorsah.

Vis-à-vis der Seite, wo dereinst das Projekt „mittim“ realisiert werden soll, verzichtet man vorderhand auf die Errichtung von Lärmschutzwänden. Es wäre nicht sinnvoll, an jener Stelle solche Lärmschutzbauten zu erstellen, welche kurz danach bei Projektrealisation im Rahmen der Zentrumsentwicklung wieder entfernt werden müssten. Jedoch sind die Umsetzungsdetails in diesem Bereich noch nicht definitiv bestimmt und können zum gegebenen Zeitpunkt nochmals diskutiert werden.

Weiteres Vorgehen

Mai 2010	Rechtskraft: innert 12 Mt. muss Planaktualisierung und Einigung über nötigen Landerwerb erfolgen
Mai 2012	Spätestens 24 Mt. ab Rechtskraft müssen Lärmschutzwände realisiert sein Fristverlängerung von max. 12 zusätzlichen Mt. könnte gewährt werden



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

Mai 2013 folglich sind spätestens zu diesem Zeitpunkt die Lärmschutzwände realisiert

Zum Ressort Hochbau werden aus dem Rat keine weiteren Fragen gemeldet.

RESSORT FINANZEN (VORMALS FINANZAMT)

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, Ressort Finanzen wird infolge Ferienabwesenheit durch die ordentliche Stellvertretung in der Person von Stadträtin Salome Wyss, SP, vertreten.

Die GPK erkundigte sich nach dem IKS - Internes Kontrollsystem. So wurden Fragen nach dem aktuellen Stand der Umsetzung gestellt und ob es sich dabei nicht um einen Papiertiger handle. Des Weiteren erkundigte sich die GPK nach der genauen Definition der Prozesse.

Die Stadt Illnau-Effretikon ist zusammen mit der Gemeinde Meilen eine der Pioniergemeinden, die dieses System nutzt. Stellt sich die Frage, weshalb ausgerechnet Illnau-Effretikon sich für ein solches Pilotprojekt meldet. Die Frage lässt sich mit dem Aufwandrückgang bei Revisionen begründen. IKS soll die Effizienz durch einfache Prozessabläufe steigern und ressortübergreifende Doppelspurigkeiten anhand definierter Check-Listen verhindern.

Das interne Kontroll-System IKS wird vor allem dort eingesetzt, wo Potenzial zu grossen finanziellen Schäden besteht (sei es durch Versäumnisse, etc.). Im Juni 2010 wurde stadtverwaltungsintern das Pilotprojekt im Bereich der Anschlussgebühren abgeschlossen. Die Analyse zeigt, dass das vorstehende Kontrollsystem als tauglich befunden wird und nun die Arbeitsunterlagen für weitere Bereiche und Prozesse ausgearbeitet werden können. Das Projekt soll im Herbst 2011 zum Abschluss gelangen.

Der Stadtrat erachtet IKS als ein wirksames Instrument, welches zur Professionalisierung der Verwaltung beiträgt.

Der Rat meldet keinen weiteren Diskussionsbedarf zum Bereich Finanzen.

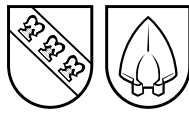
RESSORT GESUNDHEIT

Stadtrat Max Binder, Ressort Gesundheit (vormals Gesundheitsamt) wird durch Stadtrat Kurt Brüngger, SP, infolge Ferienabwesenheit stellvertreten.

Die Geschäftsprüfungskommission GPK erkundigte sich zu Fragen der Pandemieplanung. Im Detail wollte das Gremium wissen, welche Massnahmen die Stadt umzusetzen gedenkt hätte, wenn sich die Pandemie weiter ausgebreitet hätte.

Stadtrat Brüngger erklärt zunächst die Definition der Pandemie. Von dieser spricht man, sobald sich eine Seuche oder Krankheit über Länder und Kontinente ausweitet.

Die Stadt hat in ihrer Funktion der öffentlichen Hand zwei verschiedene Aspekte zu planen und zu beurteilen. Einerseits die betrieblichen und andererseits die Gemeinde-Massnahmen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

Zu den betrieblichen Massnahmen, welche zur Aufrechterhaltung des Betriebs der Stadtverwaltung gezählt hätten, kann aufgeführt werden:

Flexiblere Arbeitsformen (Heimarbeit), Hygienemasken, Desinfektions-Mittel, Folien- und Plexiglas-Abschirmungen an Schaltern, Schliessung der Hauptsammelstelle, Geschäftstätigkeiten, die nicht nötig sind, aufheben, Sitzungen aufs Notwendigste beschränken (inkl. SR und GGR), Ferien der Angestellten streichen, Schliessen der Cafeteria und Annullation von Weiterbildungsveranstaltungen.

Gemeinde-Massnahmen:

Pensionierte Ärzte reaktivieren (entsprechende Anfragen und Angebot waren bereits erfolgt und zugesichert), Einrichtung eines Impfzentrums und eines Notspitals durch den Zivilschutz.

Zum Ressort Gesundheit folgen nach Anfrage durch die Präsidentin keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat.

RESSORT JUGEND UND SPORT (VORMALS JUGEND- UND SPORTAMT)

Stadtrat André Bättig, FDP, erörtert Fakten zum Thema der Jugendarbeit.

Der Bereich Jugendarbeit umfasst weite Kreise und Betätigungsfelder. Die Hauptarbeit findet in den Familien, Vereinen und in der Schule statt. Die städtische Jugendarbeit befasst sich mit Minderheiten von Jugendlichen, welche über wenig Struktur in der Ausgestaltung ihrer Freizeit verfügen. Früher hat das Jugendhaus als Treffpunkt fungiert, dessen Leitung die Aufsichtsperson war.

In der Zwischenzeit hat sich einiges dieser Grundansichten verändert. Die offene Jugendarbeit basiert auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, der Mitarbeit und der Partizipation.

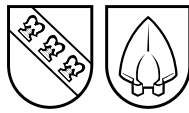
Man überzeugt die Jugendlichen, vom Weg des Konsumverhaltens abzukommen und sie zur aktiven Beteiligung zu animieren. Dies erfolgt teilweise auch im Rahmen geschlechterspezifischer Arbeit von Projekten im Haus selber, oder auch ausserhalb im Sportzentrum, in der Schule, etc. Die Jugendarbeit ist örtlich nicht mehr bloss auf das eigentliche Jugendhaus fixiert.

Es scheint wichtig, das Prinzip der Verantwortung herauszustreichen und die Motivation der Jugendlichen zu fördern. So sollen auch sie lernen, kleine Projekte zu leiten. Diese Massnahme unterstützt den Anspruch, die Jugendlichen zu Coaches auszubilden.

Im Weiteren wird kontinuierlich die mobile bzw. aufsuchende Arbeit gefestigt und ausgebaut. Da es sich hierbei um eine neue Stossrichtung handelt, sind die Richtungen noch nicht definitiv bekannt.

Jugendliche haben Vorlieben, welche unweigerlich mit Themen wie Littering, Lärm, Alkohol und Drogen in Verbindung gebracht wird. Es ist die erklärte Motivation auf Leute zuzugehen, und sie auf Probleme anzusprechen (Stadtbegehung).

Diese Form der Arbeit wird im nächsten Jahr weiterentwickelt, wobei die Abteilung Jugend und Sport keine Aufsichts- oder Polizeifunktion wahrnimmt. Diese Rollenteilung birgt Potenzial für Konflikte, die es zu beobachten und zu bewerten gilt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

Seitens des Grossen Gemeinderates werden keine weiteren Voten zum Bereich Jugend und Sport vorgebracht.

Stadträtin Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit (vormals Polizeiamt) nimmt Stellung zur Frage der Geschäftsprüfungskommission GPK, welche sich mit Sachbeschädigungen auseinandersetzt.

Aus der Statistik geht hervor, dass die Anzahl dieser Delikte von 28 an der Zahl im letzten Jahr auf 41 zugenommen hat. Die Geschäftsprüfungskommission wünscht nähere Angaben zur Art der Sachbeschädigung.

Stadträtin Wyss führt eine Litanei von eingeschlagenen Fensterscheiben, Beschädigungen an Motorfahrzeugen, Sprayereien an Fassaden und Zerstörungen an Beleuchtungskörpern auf. Täter sind oftmals Jugendliche und Jungerwachsene. Die Gründe für diese Zerstörungswut mögen vielseitig sein. So spielen Aspekte wie Langeweile, Spass an dieser Sache und auch Alkoholmissbrauch tragende Rollen.

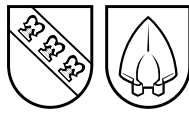
Mögliche Lösungsansätze sieht der Stadtrat in der Appellierung an die Erziehungsmethodik der Eltern. Es sei nicht das erste Mal, dass diese Bitte laut wird. Dass dies schwer umzusetzen sei, seien sich wohl alle bewusst. Die Eigenverantwortung der Jugendlichen soll gesteigert werden. Wohl muss die Stadt aber auch ein adäquates Angebot an Freizeitaktivitäten führen. Die soziale Kontrolle erfolgt durch die Gesellschaft. Im Straffall werden individuelle Massnahmen zur Bestrafung auferlegt. Schnellere Strafverfahren sollen wirksame Urteile durch die richterlichen Instanzen ermöglichen. Nicht alles läge hierbei in der Kompetenz der Stadt, aber auch die Stadt muss die durchaus vorhandenen Chancen nutzen. Nebenbei bemerkt, handelt es sich bei Sachbeschädigungen um sogenannte Antragsdelikte. Damit diese auch statistisch erfasst werden, muss eine Anzeige erfolgen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die Dunkelziffer in diesem Bereich relativ hoch ist.

Im Parlament sind zu diesem Thema zwei Vorstösse hängig. Im Rahmen der Beantwortung dieser Geschäfte wird das Thema nochmals aufgearbeitet. Ebenso werden die Anliegen im Sicherheitsausschuss (u.a. arbeiten dort Vertreter/innen der Ressorts Schule, Gesundheit, Soziales und Sicherheit mit) diskutiert. Die Problematik wird mit einem entsprechenden Eintrag Eingang ins Schwerpunktprogramm des Stadtrates 2010-2014 finden.

Gemeinderat Hans-Ruedi Wespi, SVP, verlangt das Wort. Sein Anliegen betrifft im weitesten Sinne den Bereich Gastgewerbe, welcher in den Kompetenzbereich des Ressorts Sicherheit fällt.

Das Bistro gegenüber des Stadthauses, neben der Rosengarten-Unterführung, nutze Teile des Trottoirs zweckentfremdet. So ist dieses überstellt, durch Pflanzenbehältnisse versperrt usw. Diese Situation schaffe eine unübersichtliche Ausgangslage für die Fussgänger, zumal die kleine Strasse auch noch für Zu- und Ausfahrten des motorisierten Verkehrs dient. Hans-Ruedi Wespi, SVP, erkundigt sich nach den Auflagen der seinerzeitigen Baubewilligung, respektive nach den Bestimmungen der Verfügung, welche dem Betreiber dieses Lokals, diesen Zustand erlaube.

Stadträtin Salome Wyss, SP, gesteht dem Anliegen von Hansruedi Wespi eine Berechtigung zu und erwähnt, dass auch ihr diese Situation schon ins Auge gestochen sei. Jedoch handle es sich hierbei wohl um Privatgrund. Das offizielle Trottoir verlaufe entlang der Bahnhofstrasse. Die namenlose Zwischenstrasse, welche sowohl von Auslagen des Bistros, von Fussgängern und Autofahrern benutzt werde, gehöre zur Liegenschaft, in wel-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

cher sich das Bistro befinde. So werde eine Nutzung, die rechtlich nicht abgesichert ist, ermöglicht. Es ist das Recht, des Betreibers rauszustuhlen. Der offizielle Gehsteig verläuft entlang der Bahnhofstrasse.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, ist mit der Antwort des Stadtrates nicht einverstanden und wird sich für detaillierte Abklärungen - auch im Zusammenhang der damaligen Baubewilligung - mit der Abteilung Hochbau in Verbindung setzen.

Es werden keine weiteren Anregungen mehr zu diesem Ressort laut.

RESSORT SCHULE (VORMALS SCHULAMT)

Als nächstes gibt Stadträtin Erika Klossner, FDP, zum Ressort Schule Auskunft.

Die Geschäftsprüfungskommission GPK stellte Fragen zum Begriff der integrativen Schulung.

Um hier Klarheit zu schaffen, erklärt Stadträtin Klossner zuerst einmal die wichtigsten Unterschiede der verschiedenen Schulformen. So unterscheidet man zwischen Integrativer Förderung (IF) und der Integrierten Sonderschulung (IS).

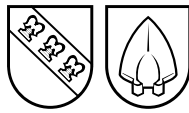
Die Schülerzuweisung in diese beiden Gruppen erfolgt durch Fachteams und durch den Schulpsychologischen Dienst (SPD), welche in engem Kontakt mit den Eltern des betroffenen Kindes stehen.

Das Projekt wurde vor zwei Jahren gestartet. Die Schule Illnau-Effretikon führt derweil zwei Einführungsklassen. Im Moment sind keine Kleinklassen vorhanden. Diese Situation stellt die Lehrerschaft vor eine grosse Herausforderung. Für spezielle Kinder, für deren Betreuung und Förderung es einer weitaus intensiveren Widmung bedarf, besteht kein Rahmen mehr. Das gegenwärtige System hat sich in der Unterstufe gut etabliert. Bei den Klassen der Mittelstufe macht sich der Druck der zweiten Fremdsprache bemerkbar. Ebenso steht in jener Phase der Übertritt und die Einteilung in die Oberstufe an. Die Sekundarklassen werden dreiteilig geführt (A, B, C). Dort sieht man sich mit Problemen wie „Schulablöscher“, Berufswahl, etc. konfrontiert.

Die integrative Sonderschulung indiziert einen erhöhten Förderungsbedarf. Kinder, die sonst heilpädagogische Schulen besuchen, sollen nun integrativ gefördert werden, was sich als Problem herausstellt. Die heilpädagogischen Schulen haben die zur Verfügung stehenden Kontingente plafoniert, was die Gemeinde dazu zwingt, sich selber zu arrangieren. Das Kind soll im Mittelpunkt stehen, auch wenn nicht für jedes Kind die beste Lösung gefunden werden kann, sei man auf einem guten Weg.

Wichtig sei es, dass die Lehrpersonen von diesem Konzept überzeugt und für ihre Arbeit motiviert sind. Das bedingt, dass die Klassen nicht zu gross werden dürfen. Ebenso muss die Verfügbarkeit von schulischen Heilpädagogen gewährleistet sein. Eine enge Zusammenarbeit ist eine wichtige Voraussetzung in dieser Kette. Ausserdem betreibe die Schule Illnau-Effretikon bereits seit zehn Jahren integrative Förderung. Die Anwürfe sind nichts Neues. Es handelt sich dabei um äusserst anspruchsvolle Arbeit, was auch bedeutet, dass Tagesstrukturen angepasst werden müssen.

In der Oberstufe werde die Umsetzung der integrativen Schulung immer schwieriger zu bewerkstelligen. Spezialschulen für Berufsvorbereitung und Berufsbildung seien ebenso zu berücksichtigen und miteinzubeziehen. Die Stadt Illnau-Effretikon steht dem Projekt positiv gegenüber. Allerdings muss festgehalten werden, dass nicht für jedes Kind die integrative Schulung die beste Variante sei. Regierungsrätin und kantonale Bildungsdi-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

rektorin Regine Aepli hat ein entsprechendes Konzept zurückgezogen. Dieses war zwar nicht schlecht, jedoch wurde es als Sparmassnahme verkauft. Dieser Bereich sei der falsche Ort, um Sparübungen durchzuführen. Die Invalidenversicherung IV hat den Kanton beauftragt, ein Sonderschulkonzept auszuarbeiten und zu unterbreiten.

Der Rat meldet keinen weiteren Diskussionsbedarf zum Bereich Schule.

RESSORT SOZIALES (VORMALS SOZIALAMT)

Stadtrat Kurt Brüngger, SP, Ressort Soziales, schreitet zur Berichterstattung ans Rednerpult.

Vorderhand bedankt er sich bei den Vertretern der Geschäftsprüfungskommission GPK für das Engagement und die gut eingebrachten Fragen.

Brüngger wird dem Rat zur Neuorganisation der Vormundschaftsbehörde berichten.

Die Vormundschaftsbehörde, wie wir sie kennen, ist ein Auslaufmodell. Neu sollen nicht nur die Strukturen selbst, sondern auch die offizielle Bezeichnung auf Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) geändert werden. Grundlage bildet eine Änderung des Zivilgesetzbuches ZGB des Teils Erwachsenenschutz im Personenrecht. Vor allem kleine Gemeinden, wo die Vormundschaftsbehörde bisher rein personell deckungsgleich mit den Mitgliedern der Exekutivbehörde (Gemeinderat) bestückt war, sahen sich fortwährend mit Problemen konfrontiert. So haben diese ihre Massnahmen vorderhand auf finanzielle Aspekte abgestellt und mehr oder weniger gewartet, bis sonst etwas passiert, damit sich die Justiz mit den komplexeren Massnahmen befassen kann.

Die neue Organisation hat sich zum Ziel gesetzt, diesem Umstand Abhilfe zu schaffen und ihn zu beseitigen.

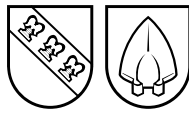
Die Direktion der Justiz und des Innern, namentlich Regierungsrat Notter, schickt sich an, die Einführung des Gesetzes, welche diese neue Organisation vorsieht, auf 1. Januar 2014 zu verschieben.

Stadtrat Brüngger ist Mitglied einer Begleitgruppe, welche Gelegenheit erhält, sich zu neuen Teilen dieses Gesetzes zu äussern. Die Hälfte der Begleitgruppe besteht aus Juristen, welche vor allem Formatierungen und Formulierungen priorisiert. Brüngger ist das einzige Mitglied einer Behörde, welches praxisnahe Erfahrungen einbringen kann.

Das neue Gesetz sieht vor, dass die neue Vormundschaftsbehörde - wie sie dann auch immer heisst - zwingend aus drei professionellen Mitgliedern bestehen muss. Dies definiert sich so:

Die Mitglieder müssen über ein Mindest-Anstellungs-Pensum von 60 % verfügen und Hochschulabschlüsse in Psychologie, Psychiatrie oder Pädagogik vorweisen.

Ein Gebiet, welches zur Führung einer Vormundschaftsbehörde befugt, ist an eine bestimmte Richtgrösse gebunden. Zuerst herrschte die Idee vor, dies deswegen nicht mehr kommunal sondern regional zu organisieren. Eine berechnete Region sollte mindestens 50'000 Einwohnern einschliessen. Der Regierungsrat sah vor, die Organisation des Vormundschaftswesens den Bezirken zu übertragen, bis festgestellt wurde, dass der Bezirk Andelfingen nur 30'000 Einwohner umfasst. Die Gemeinden stützten den Vorschlag, wonach neu die Bezirke in Vormundschaftssachen federführend sind, nicht.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

Neu sollen Standortgemeinden Anschlussverträge mit anderen Gemeinden (auch bezirksübergreifend) abgeschlossen werden, bis diese über genügend Mitglieder (d.h. Einwohnerzahlen) verfügen.

Eine andere Organisationsform könnte in der Angliederung an die sozialen Dienste (z.B. Sozialdienst des Bezirks Pfäffikon) im Sinne einer Trägerschaft gefunden werden.

Die neue Organisationsweise biete sicherlich Vorteile, wonach Prozesse und Geschäfte professionalisiert bearbeitet werden.

Ein Nachteil muss ganz klar in den Kosten gesehen werden. Die professionellen und studierten Sachbearbeiter haben ihren Preis. Zudem darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass die Partnerorganisation der bisherigen Vormundschaftsbehörden, die Fürsorgebehörde, kommunal organisiert ist und somit wertvolle Synergien verloren gehen. Bis zur Umsetzung der neuen Bestimmungen sei es noch ein weiter Weg. Ab 1. Januar 2013 sollen die neuen Gesetze in Kraft treten. Im Geschäftsbericht wird versucht, jeweils den aktuellen Stand wiederzugeben.

RESSORT TIEFBAU (VORMALS WERKAMT)

Stadtrat Ueli Müller, SP, Ressort Tiefbau (vormals Werkamt) befasst sich mit dem Thema der Schneeräumung.

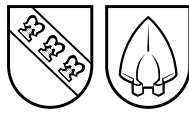
Die Stadt bringt das Salz mit einem Feuchtsalzstreuer aus. Damit das Salz befeuchtet werden kann, ist es nötig, das Wasser und das Salz mit einer Salzsole zu mischen, andernfalls würde das Wasser, welches für die Befeuchtung des Wassers notwendig ist, gefrieren.

Das Streuen von Trockensalz wäre wenig effektiv, da die Körner relativ bald vom Wind verweht würden. Reine Salzsole wäre stark konzentriert, dennoch sehr aggressiv in der Wirkung und würde einen hohen Wartungsaufwand bedeuten. Zudem müssten grosse Behältnisse angeschafft werden (Silos), um die Sole zu lagern. Auch beim Aufsprüh-Vorgang wäre mit einigen Arbeitsschritten mehr zu rechnen, als im herkömmlichen Auftragen von Feuchtsalz.

Die Versorgung mit Feuchtsalz, wie sie bei der Stadt nun üblich ist, gelangt auf Nationalstrassen seit 30 Jahren standardmässig zum Einsatz. Sie bietet eine bessere Verteilung. Das Salzerzeugnis greift dort, wo es auch von der Distribution her platziert sein muss. Zudem werden Verluste durch Windverwehungen auf ein Minimum reduziert, da Feuchtsalz besser an der Strassenoberfläche haftet als Trockensalz. Zudem besitzt es die Eigenschaft einer sofortigen Wirkung; die chemische Reaktion wird sofort in Gang gesetzt.

Feuchtsalz reduziert den Salzverbrauch um etwa 20 bis 30 %, dies aufgrund besserer Dosierungsmöglichkeiten gegenüber dem Trockensalz.

Gemeinderat Hansruedi Wespi, SVP, stellt eine Frage zur Markierung der Bahnhofstrasse Effretikon. In einem Teilbereich der Bahnhofstrasse wurde ein neuer Belag eingebaut. Wespi hat schon zu einem früheren Zeitpunkt die bessere Markierung für die Velofahrer angeregt. Er fragt den Stadtrat an, ob diese Notwendigkeit nun beim zuständigen kantonalen Amt gemeldet wurde.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL Sitzung vom 15. Juli 2010

Stadtrat Müller stellt der Bewilligung dieser Massnahme durch die kantonale Instanz keine grossen Erfolgchancen in Aussicht. Er verspricht jedoch, dass Anliegen anlässlich einer nächsten Zusammenkunft mit den kantonalen Instanzen zu erörtern.

Der Rat ist nun am Ende der Reihenfolge der Ressorts angelangt. Auf Anfrage der Ratspräsidentin, ob noch weiterer Diskussionsbedarf bestünde, meldet sich Gemeinderat Jürg Gassmann, SP/JUSO.

Gemeinderat Gassmann, SP/JUSO, untermauert mit einer aktuellen Meldung aus der tagesaktuellen Zeitung, dass die Alkoholtestverkäufe gemäss einer Untersuchung des Bundes als sehr effektiv betrachtet werden.

Im Berichtsjahr seien auf städtischem Gebiet nur an einem Tag Testkäufe erfolgt. Das Ressort Gesundheit behaupte, es bestünde eine rechtliche Unsicherheit, wonach es bei der Ausfertigung der entsprechenden Bussen an den nötigen Grundlagen fehle.

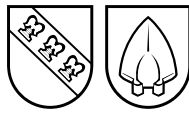
Die Gemeinde Wetzikon sei mit demselben Problem konfrontiert gewesen. Nun habe diese Gemeinde keine Bussen sondern Ahndungen im Rahmen des Verwaltungsrechtsverfahrens vorgenommen. Ein Bericht im Zürcher Oberländer vom 15. Juni 2010 bestätige dies. Die Verfügung richte sich nicht an das Verkaufspersonal, sondern an den Patentinhaber des fraglichen Lokals. Das verwaltungsrechtliche Verfahren ist an sich kein Strafverfahren; im Wiederholungsfalle könne der Patententzug angedroht werden. Gassmann regt an, die Stadt Illnau-Effretikon möge doch wie die Gemeinde Wetzikon agieren.

Stadträtin Salome Wyss, SP, hat nichts dagegen einzuwenden, Massnahmen zur Suchtpräventions-Förderung zu ergreifen. Allerdings müsse die Rechtslage klar überprüft werden.

Die Diskussion hat sich erschöpft.

ABSTIMMUNG

Der Grosse Gemeinderat genehmigt den Geschäftsbericht 2009 einstimmig.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 15. Juli 2010

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 16.07.2010

ms